

Die Drei-Klassen- Staatsbürgerschaft

Chinesische Migranten in Burma

von **Gunnar Rüth**

Burma verzeichnet aufgrund der defizitären Wirtschafts- und Menschenrechtssituation im Land seit Jahren einen deutlichen Emigrationsüberschuss. Dies war jedoch nicht zu allen Zeiten so. In der Vergangenheit wurden immer wieder Einwanderer aus Indien und China von den ökonomischen Aufstiegschancen jenseits der Grenze angezogen. Als Folge dessen liegt der chinesische Bevölkerungsanteil in Burma auch heute noch bei etwa einer Million Menschen (ca. zwei Prozent der gesamten burmesischen Bevölkerung).

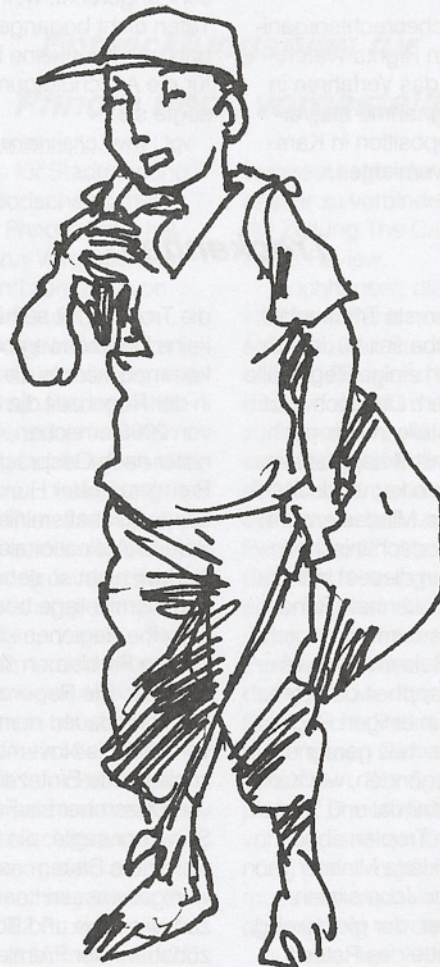
Die chinesische Gemeinde in Burma stellt damit die zehntgrößte chinesische Gemeinde außerhalb der Volksrepublik bzw. Taiwans dar.

Seit Jahrhunderten strömen chinesische Händler und Einwanderer ins Land

Viele der frühen chinesischen Immigranten stammen aus der Provinz Yunnan, die eine über zweitausend Kilometer lange Grenze mit Burma teilt. Von dort aus strömen schon seit vielen Jahrhunderten chinesische Händler und Einwanderer in das Land. Yunnan-Chinesen stellen in den Grenzregionen daher auch heute noch den Hauptteil an der chinesischstämmigen Bevölkerung. Später meist auf dem Wasserweg (häufig über Singapur) eingewanderte Chinesen aus den Provinzen Fujian und Guangdong haben sich dagegen vor allem in den urbanen Zentren Zentral- und Südburmas niedergelassen.

Einen Schub erhielt der Migrationsfluss unter anderem im 19. Jahrhundert im Zuge der Kolonialisierungsbemühungen Großbritanniens. So brachten die Briten während der Eroberung des Landes zwischen 1824 und 1886 weitere chinesische Einwanderer aus Malaya, Singapur und China mit. Sie sollten ihnen dort

als Brücke zur einheimischen Bevölkerung und Ansprechpartner in Wirtschaftsfragen dienen. In Folge dessen war die chinesische Migrantengemeinde in Burma bereits in den



1930er Jahren auf etwa 200.000 bis 300.000 Mitglieder angewachsen (bei einer Gesamtbevölkerung von unge-

fähr 14 bis 15 Millionen). Viele von ihnen waren als Händler (1931 etwa 41 Prozent), oder Handwerker im Bereich der Teppichherstellung bzw. Leder und Metallbearbeitung (1931 etwa 38 Prozent) tätig, gehörten also den wirtschaftlich besser positionierten Schichten im Land an. Vor allem in großen Städten wie Mandalay und Rangun spielen sie auch heute noch eine wichtige Rolle im kommerziellen Sektor. Einigen Schätzungen zufolge kontrollieren Chinesen sogar bis zu sieben Prozent des gesamten Wirtschaftssektors. Der Erfolg im ökonomischen Bereich führt allerdings auch hier, wie in anderen südostasiatischen Immigrantengemeinden, nicht selten zu Spannungen mit der einheimischen Bevölkerung.

Das Überschwappen innerchinesischer Konflikte nach Burma hat zudem in der Vergangenheit immer wieder für zusätzliche Auseinandersetzungen zwischen den in Burma lebenden Chinesen und der einheimischen Bevölkerung bzw. der Regierung in Rangun gesorgt. So flohen zum Ende des chinesischen Bürgerkrieges 1949 Truppen der Guomindang vor den vorrückenden kommunistischen Truppen Mao Ze-

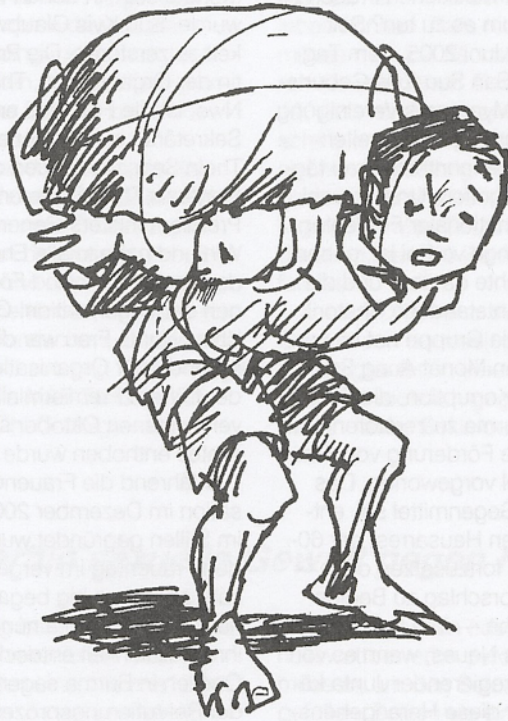
Der Autor hat Wirtschaft und Politik Ostasiens an der Ruhr-Universität Bochum studiert und beschäftigt sich derzeit für die Burma-Initiative mit den Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Burma.

dongs über die Grenze nach Nordburma, von wo aus sie vereinzelt militärische Angriffe auf das Gebiet der Volksrepublik starteten. Nach ihrer Vertreibung in Folge von Militäraktionen sowohl chinesischer als auch burmesischer Truppen zogen sich viele ehemalige Guomindang-Kämpfer in die thailändisch-burmesische Grenzregion zurück, wo sie unter anderem eine führende Rolle im Drogenhandel einnahmen. Auch heute befindet sich ein großer Teil des Drogenhandels weiterhin unter der Kontrolle chinesischer Mafia-Netzwerke.

Während des Kalten Krieges sorgte zudem die Unterstützung Chinas für die *Kommunistische Partei Burmas* (KPB) für Zündstoff. Hinter der Versorgung der KPB mit Waffen, Ausrüstung und militärischen Beratern durch die Regierung in Beijing in den 1960er und 1970er Jahren stand allerdings nicht allein der Wunsch nach dem Export der kommunistischen Revolution, sondern auch der Versuch, auf diese Weise verbliebene Reste der Guomindang in der Grenzregion zu bekämpfen. Die Unterstützung Beijings für die KPB nahm erst nach Deng Xiaopings Machtübernahme Ende der 1970er Jahre ab. Der Großteil der Führungsmitglieder der KPB befindet sich heute im Exil in Kunming, wo Beijing eher kontrollierend als unterstützend auf sie einwirkt.

Ähnlich problematisch wie Beijings Unterstützung der KPB war auch die Tatsache, dass Teile der normalen Chinesischen Bevölkerung in Burma immer wieder offen nationalistische Gefühle und ihre Solidarität mit dem kommunistischen Regime im Mutterland zur Schau trugen. Dies löste während der Kulturrevolution im Jahre 1967 schwere Auseinandersetzungen aus, als das burmesische Bildungsministerium das Tragen von Mao-Anstecknadeln verbot, die zu jener Zeit von vielen Auslandschinesen getragen wurden. Schon in den Jahren zuvor waren chinesischsprachige Zeitungen verboten und chinesische Schulen geschlossen worden. Der neue Schritt der burmesischen Führung löste allerdings eine Protestdemonstration der Chinesen aus, die der Ausgangspunkt für gewaltsame Auseinandersetzungen war, in deren Zuge chinesische Geschäfte und Häuser in verschiedenen burmesischen

Städten zu Zielen von Plünderungen wurden. Schließlich wurde sogar die chinesische Botschaft in Rangun das Ziel burmesischer Demonstranten. Während der Auseinandersetzungen kamen mindestens fünfzig Chinesen ums Leben. In der Folge verschlechterten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und viele Chinesen verließen das Land.



Heutiger Status der chinesischen Immigranten

Die Burmesische Führung weigert sich bis heute, die internationale Konvention zur Eliminierung von Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen zu unterzeichnen. Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass sich die chinesischen, ähnlich wie auch die indischen Immigranten in Burma weiterhin einem relativ starken Maß an Diskriminierung ausgesetzt sehen. Die Xenophobie der burmesischen Führung hat im Jahre 1982 noch einmal zu einer Verschärfung der Bedingungen für in Burma lebende Migranten geführt. So wurde ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz erlassen, das alle Bürger des Landes in drei Klassen (Full Citizens, Associate Citizens oder Naturalized Citizens) einteilt, für die jeweils unterschiedlich gefärbte Ausweise ausgestellt werden.

Für den Bürgerstatus ist in der Regel entweder die Zugehörigkeit zu einer der offiziellen burmesischen Volksgruppen oder ein Nachweis darüber, dass die eigene Familie schon vor 1824 in Burma gelebt hat, erforderlich. Alle anderen Bevölkerungsgruppen, also auch ein Großteil der chinesischen Migranten, erhalten lediglich eine »Foreign Resident Card«, werden also nicht als Bürger anerkannt, auch wenn sie schon seit mehreren Generationen in Burma leben. Dadurch werden sie von zahlreichen grundlegenden Rechten ausgeschlossen, wie etwa dem Recht, Land zu besitzen oder bestimmte Fachrichtungen wie zum Beispiel Medizin, Technik an der Universität zu studieren. Außerdem benötigen sie die Erlaubnis der lokalen Behörden, wenn sie sich außerhalb ihrer Heimatstadt aufhalten wollen.

Obwohl zahlreiche Chinesen die weit verbreitete Korruption in der Bürokratie dazu genutzt haben, sich illegal Bürgerstatus zu verschaffen, hat diese Praxis auch zur Folge, dass viele Chinesen außerhalb der chinesischen Gemeinden in burmesische Familien einheiraten. So können zumindest ihre Nachfahren von den Privilegien, die mit einer vollen Staatsbürgerschaft einhergehen, profitieren. Die jüngere Generation sucht zudem vermehrt ihre Chancen im Ausland. Früher war dabei Taiwan einer der Hauptanlaufpunkte. Nachdem die taiwanische Führung jedoch viele ihrer großzügigen Förderprogramme für in Burma lebende Chinesen eingestellt hat, zieht es sie nun vermehrt in Länder wie Singapur, die USA oder in die wirtschaftlich aufstrebende Volksrepublik China, zu der zudem häufig auch noch familiäre Bindungen bestehen. Entsprechend steigen die Zahlen derjenigen Einwandererkinder, die wieder die chinesische Sprache erlernen wollen, stark an. Neben den alltäglichen Diskriminierungen ist dafür auch das immer noch stark planwirtschaftlich geprägte Wirtschaftssystem Burmas verantwortlich, das eine freie Entfaltung der kreativen Kräfte der chinesischen Migranten und damit einen schnelleren sozialen Aufstieg behindert.